

# Zweisprachigkeit im Wallis: Eher ein Neben- statt ein Miteinander

Die Bezirke Leuk und Siders wollen die Zweisprachigkeit fördern. Nur wie? Eine Befragung war aufschlussreich.

Adrien Woeffray

Eigentlich, so könnte man meinen, sind die Rahmenbedingungen für die Zweisprachigkeit im bilinguen Kanton Wallis gut. Es stellt sich indes heraus, dass dies ein theoretischer Trugschluss ist, denn in der Praxis sieht es ein wenig anders aus.

Nur rund 5 Prozent der Walliser sind zweisprachig und beider Kantonssprachen mächtig. Etwa 10 Prozent der Schülerinnen und Schüler machen einen Sprachaufenthalt im anderen Kantonsteil. Das sei zwar deutlich über dem Schweizer Durchschnitt von 3 Prozent, aber nicht genug, sagte Jean-Marie Viaccoz, Präfekt des Bezirks Siders, an einer Pressekonferenz im vergangenen Oktober: «Wir sind nur die Besten unter den Schlechten.»

Besagte Pressekonferenz hatte die Förderung der Zweisprachigkeit zum Thema. Nicht im gesamten Kanton, aber zumindest in den Bezirken Siders und Leuk. Jenen Bezirken an der Sprachgrenze im Kanton, der Raspille. Ein Anfang.

Auch der Staatsrat hat die Förderung der Zweisprachigkeit zu einem prioritären Anliegen gemacht. «Die Zweisprachigkeit», sagte Staatsrat Christophe Darbellay, «ist Teil der DNA des Kantons Wallis.»

Die Präfekten der beiden Bezirke, Edi Kuonen für Leuk und Jean-Marie Viaccoz für Siders, wollten deshalb eine engere Zusammenarbeit prüfen und haben das Forum für die Zweisprachigkeit in Biel mit dem Projekt «Zweisprachigkeitsbarometer» beauftragt. Es sollte das Interesse der Bevölkerung an der Zweisprachigkeit messen und schliesslich die Grundlage für Vorschläge zur Förderung und Umsetzung liefern.

Von Anfang Oktober bis Anfang November des vergangenen Jahres wurden die Einwohnerinnen und Einwohner beider Bezirke eingeladen, einen Fragebogen auszufüllen. Insgesamt 1001 Antworten kamen zurück,



Um die Zweisprachigkeit im Wallis zu stärken, wird wohl kein Weg an der Schule vorbeiführen.

Bild: pomona.media/Andrea Soltermann

wovon 787 die Umfragekriterien erfüllt haben.

Die Resultate der quantitativen Umfrage haben noch vor der offiziellen Publikation den Weg zur Nachrichtenagentur Keystone-SDA gefunden. Auf Anfrage hat Virginie Borel, Geschäftsführerin des Forums für die Zweisprachigkeit, die 42-seitige Präsentation der Umfrage bei der Bevölkerung auch dem «Walliser Boten» zur Verfügung gestellt.

Viele Antworten überraschen kaum, einige dagegen umso mehr. Eine Übersicht.

## Die Grundlage

Die 787 befragten Personen sind jeweils ziemlich genau zur Hälfte Männer und Frauen. Bis auf wenige Ausnahmen haben Einwohnerinnen und Einwohner aller 22 Gemeinden der beiden Bezirke an der Umfrage teilgenommen. Dabei handelt es sich hauptsächlich um Einheimische, trotzdem haben 7 Prozent Zweitwohnungsbesitzer an der Umfrage teilgenommen. Zwei

von fünf sind deutscher Muttersprache, etwas mehr als die Hälfte haben Französisch als ihre Alltagssprache angegeben.

## Zur Rolle der Zweisprachigkeit

Das Fazit nach 37 Seiten Tabellen und Säulendiagrammen sollte eigentlich ein Grund zur Freude sein: Zwei Drittel der Befragten geben an, dass die Bezirke Leuk und Siders mit der Zweisprachigkeit ein Vorbild für andere Bezirke sein sollten. Noch mehr, nämlich über 70 Prozent, möchten nicht nur Vorbild sein, sondern aktiv die beiden Sprachregionen verbinden.

So viel zum Wunschdenken, denn die Realität sieht anders aus.

Auf die Frage, in welchem Verhältnis Deutsch- und Französischsprachige im Wallis leben, sagten nur gerade 14 Prozent der Befragten: miteinander. Die Mehrheit von 73 Prozent indes sieht das Verhältnis eher als ein Nebeneinander statt ein Zusammenleben. Und 9 Prozent

erachten die Beziehung gar als feindselig.

## Kenntnisse der zweiten Amtssprache

In Anbetracht der Kenntnisse der jeweils anderen Amtssprache mögen diese Resultate ein wenig überraschen. Immerhin sprechen vier von fünf Befragten mindestens einmal im Monat die jeweils andere Amtssprache. Dies geschieht vor allem auf der Arbeit, mit Freunden und in der Freizeit.

Zudem scheinen die Kompetenzen vorhanden. 90 Prozent geben an, zumindest ein genügendes Verständnis der jeweils anderen Sprache zu haben, knapp sieben von zehn haben gar gute Kenntnisse.

Auch beim Sprechen gäbe es gute Noten: 88 Prozent beherrschen die jeweils andere Amtssprache «genügend», sechs von zehn gar «gut».

Auch im schriftlichen Sprachgebrauch sind die Menschen in den Bezirken Leuk und Siders sattelfest: Auch hier

geben 90 Prozent an, zumindest genügend Kompetenzen beim Lesen in der anderen Amtssprache zu haben, noch knapp zwei Drittel haben gar gute Kenntnisse.

Beim Schreiben indes wird es komplizierter. 84 Prozent geben an, genügend Kenntnisse zu haben. Nur noch die Hälfte indes sagt, die Kompetenzen seien gut oder besser.

## Behörden und Wirtschaft sollen zweisprachig sein

Der Wunsch der Befragten ist klar: Die Arbeit der kommunalen Behörden und der Verwaltung, aber auch in der Privatwirtschaft soll so bilingue wie möglich sein. Und zwar was das Verständnis, aber auch den aktiven Sprachgebrauch anbelangt.

So erachten 86 Prozent der Befragten es als wichtig bis sehr wichtig, dass Angestellte in öffentlichen Ämtern die zweite Amtssprache zumindest verstehen und sprechen können.

In der Privatwirtschaft erachten dies noch 78 Prozent als mindestens wichtig.

Kaum überraschend erachten die Befragten den Stellenwert der zweiten Amtssprache im Tourismus, der Bildung, der Verwaltung und im Gesundheitswesen als wichtig bis sehr wichtig.

## Die Chancen der Bildung

Der Weg zur Zweisprachigkeit, so scheint es, geht zwangsläufig über die Bildung. Indes dürfe in dieser Hinsicht noch ein wenig mehr passieren, finden die Befragten. Gar 90 Prozent befürworten einen fakultativen zweisprachigen Unterricht. Wer die zweite Amtssprache lernen wolle, so die These, solle dies auch tun dürfen.

Der Wille, so viel scheint aus der Befragung ersichtlich, ist da. Staatsrat Christophe Darbellay und die Präfekten Edi Kuonen und Jean-Marie Viaccoz müssen nun einen Weg finden.

Nachgefragt

## «Zweisprachigkeit ist wichtig für die Bevölkerung»

Was bedeuten die Resultate der Umfrage bei der Bevölkerung der Bezirke Leuk und Siders? Wir haben bei Virginie Borel nachgefragt.

### Virginie Borel, nur 787 Antworten haben die Umfragekriterien erfüllt. Ist Ihre Studie repräsentativ?

Der Fragebogen war formal und inhaltlich anspruchsvoll. Wir hatten nicht mit dieser Flut von Antworten gerechnet! Wichtig ist: Alle Gemeinden der beiden Bezirke sind vertreten, verschiedene Altersgruppen beide Sprachen und Geschlechter.

### Haben Sie die Resultate der Umfrage überrascht?

Die Ergebnisse haben uns nicht überrascht. Unsere Gespräche mit den Behörden der Bezirke haben uns gezeigt, dass das Thema in der Region wichtig ist. Dies wurde von der Bevölkerung bestätigt.

### Welche Schlüsse ziehen Sie?

Der Bericht, der Ende 2021 an die Behörden geschickt wurde, zeigt klare Wege in den Bereichen Tourismus, Bildung und Gesundheit auf. Es geht nun darum, diese Ansätze mit starkem politischen Willen umzusetzen.

### Welche Empfehlungen geben Sie der Politik nun ab?

Die Zweisprachigkeit offiziell zu machen, mindestens in den beiden Bezirken. Massnahmen könnten sein: die Bedeutung des Walliserdeutschen und seiner kulturellen Komponente und Sprachaufenthalte für Kinder und Lehrkräfte fördern, die Zweisprachigkeit im Spitalbereich verstärken und gewährleisten, dass die Tourismusbüros zwei- oder mehrsprachig sind.



Virginie Borel ist Geschäftsführerin des Forums für die Zweisprachigkeit mit Sitz in Biel.

Bild: zvg

# «Feuer im Wald oder in Waldesnähe ist verboten. Punkt»

Oberwalliser Feuerwehrkommandanten unterstützen ihre Fiescher Kollegen, die im Sommer drei Urner Biker gebüsst haben.

Melanie Biaggi

Oberhalb Lax machen drei Biker aus dem Kanton Uri im vergangenen Sommer in Waldesnähe ein Lagerfeuer. Ein Anwohner sieht das Feuer, alarmiert die Feuerwehr. Zwei lokale Feuerwehrmänner rücken aus, bitten das Trio, das Feuer auszumachen, was sie auch tun. Später erhalten die drei Biker eine Rechnung der Stützpunktfeuerwehr Unnergoms für den Einsatz. Wie der «Walliser Bote» gestern berichtete, können die Biker die

Busse nicht nachvollziehen. Zum einen wegen des grossen Aufgebots der Stützpunktfeuerwehr, zum anderem auch weil an diesem Tag keine Waldbrandgefahr bestanden habe, da es den ganzen Tag regnete.

Guido Imboden, Kommandant der Feuerwehr Region Visp, sagt: «Feuer im Wald oder in Waldesnähe ist verboten. Punkt.» Dabei sei es egal, ob Schnee liege oder ob es den ganzen Tag regne. Was viele nicht wissen würden: Wenn man ein Feuer auf dem Boden oder in

einer eigens dafür ausgehobenen Grube mache, könne man nie mit Sicherheit sagen, dass das Feuer ganz gelöscht sei. «Die Gefahr von sogenannten Unterbodenfeuern, wo also die Glut Wurzeln in Brand setzen kann, besteht noch tage- oder wochenlang danach.»

Im April 2021 musste die Stützpunktfeuerwehr der Region Leuk wegen eines Feuers mitten im Pfywald ausrücken. Keine Seltenheit, wie Kommandant Dominik Brunner sagt: «Pro Jahr müssen wir durch-

schnittlich 20 Mal wegen solcher Lagerfeuer, die nicht an einer offiziellen Stelle entfacht wurden, ausrücken.» Nach dem grossen Waldbrand in Leuk seien die Einheimischen in der Region sensibilisiert. Feuer oder Rauchentwicklungen in Waldesnähe würden immer schnell gemeldet. Den Vorwurf der gebüssten Urner Biker, die Stützpunktfeuerwehr Unnergoms sei mit zu grosser Mannschaft zu lange unterwegs gewesen, lässt Brunner nicht gelten und sagt: «Auch wir mussten im Pfywald

schon über eine Stunde nach einem Feuer suchen. Das Gebiet ist riesig. Zudem ist der Einsatz von acht bis zehn oder noch mehr Feuerwehrleuten bei solchen Bränden absolut normal.»

Dies sagt auch der Technische Inspektor des kantonalen Amtes für Feuerwesen Philipp Hildbrand. «Wenn jemand anruft und sagt, dass es im Wald brennt, ist dies ein weiter Begriff. Da kann die Suche schon mal dauern, und es braucht ein gewisses Dispositiv.» Dass so ein Einsatz ganz schnell teuer werden kann,

weiss Guido Bregy, Kommandant der Stützpunktfeuerwehr Gampel-Steg. Im vergangenen Jahr hatte jemand seine Asche aus dem Cheminée im Wald entsorgt. Ein Waldbrand entfachte, Helikopter und zahlreiche Feuerwehrkräfte waren im Einsatz, um den Brand zu löschen. Die Kosten – mehrere 10 000 Franken. Bregy sagt: «Viele wissen nicht, dass man im Wald kein Feuer machen darf.» So wisse man, dass auch der Förster in der Region bis zu 15 illegale Brandstellen jährlich entferne.